

„Wir bestimmen mit!“
Demokratie
erfahrbar machen

Shutterstock/Klaus



•• *Ich darf mitreden –
Mitbestimmung in
der Schule macht
Demokratie erfahrbar.*

Demokratie muss von Anfang an erlernt und erfahrbar gemacht werden. Deshalb sollte politische Bildung schon in der Grundschule stattfinden – theoretisch und praktisch.

Von **Steve Kenner** und **Dirk Lange**

Demokratie muss erlernt werden (vgl. Negt 2018). Die Demokratie als Regierungsform ist genauso wenig wie die ihr zugrunde liegenden Werte – Anerkennung der Würde anderer, Freiheit, Gleichheit und Solidarität – ein Selbstverständnis. Sie ist das Ergebnis eines immer wieder neu auszuhandelnden, demokratiepolitischen Prozesses. Demokratie ist nicht statisch, sondern in Bewegung, und lebt von der Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger, dass es sich um die bestmögliche Regierungsform handelt. Bestmöglich nicht nur für jede und jeden einzelnen, sondern auch für die Gemeinschaft.

Umfrageergebnisse als Warnzeichen

Wenngleich eine überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland die Demokratie für die beste Herrschaftsform hält, lehnt sie mit neun Prozent immer noch rund jeder zehnte Befragte ab. Dies zeigt eine aktuelle, repräsentative Studie der Meinungsforschungsinstitute YouGov und SINUS (Inhoffen 2019). Die Daten zeigen auch auf, dass knapp 40 Prozent der Befragten mit der Umsetzung im politischen System der Bundesrepublik unzufrieden sind. Diese Befunde können als Warnzeichen verstanden werden. Es reicht nicht, Demokratie nur zu erlernen, sie muss auch überzeugen. Es reicht nicht,

die Prinzipien, Institutionen und Verfahren des verfassten Staates in den Köpfen der Menschen zu verankern, sondern es muss gelingen, Demokratie – und damit verbunden die Grund- und Menschenrechte – zu leben.

Deshalb müssen auch Grundschulen als „Lernorte der Demokratie“ (Kenner/Lange 2019) etabliert werden. Es ist zu spät, mit politischer Bildung erst im Politikunterricht an der weiterführenden Schule zu beginnen, zumal dafür auf der Studententafel ohnehin zu wenig Zeit zur Verfügung steht (Gökbudak/Hedtke 2019). Politische Bildung als Erfahrungsraum und pädagogisches Prinzip sollte so früh wie möglich beginnen, denn bereits in der Kindheit wird das Fundament für das demokratische Bürgerbewusstsein (Lange 2008) gelegt. Es gilt, Bildungsprozesse in der Demokratie vom Subjekt ausgehend zu gestalten. Alle Menschen sollten die Entwicklungsgeschichte der Demokratie und der Menschenrechte kennen und sind dazu zu befähigen, das politische System zu verstehen, aber auch kritisch zu reflektieren, zu hinterfragen und gegebenenfalls weiterentwickeln zu können (vgl. die Beiträge zur Demokratiebildung im Unterricht auf den S. 18-29).

„Lernorte der Demokratie“

Demokratie erfahrbar zu machen, kann schon früh gelingen. Rüdiger Hansen, Raingard Knauer und Be-



Shutterstock/Kues

nedikt Sturzenhecker bezeichnen beispielsweise bereits die Kindertageseinrichtungen als „Kinderstube der Demokratie“

(Hansen et al. 2012). Die Voraussetzungen in den Kindertagesstätten sind ohne Zweifel andere. Die Schule ist geprägt von strukturellen Zwängen, die sich in Stundenplänen, Unterrichtsfächern, Benotung und der Selektionsfunktion manifestieren. Kinder sind in der Schule erstmals mit diesen systematischen und starren Strukturen konfrontiert. Durch die Erweiterung asymmetrischer Beziehungsstrukturen, die sich nicht länger nur aus der Fürsorge begründen (Eltern – Kind oder Erzieherinnen/Erzieher – Kind), sondern aus einer Bewertungslogik heraus, werden die Rahmenbedingungen für das Demokratielernen an Schulen erschwert. Wenn Grundschulen dem demokratischen Auftrag der Schule gerecht werden wollen, müssen sie versuchen, diese Widersprüche aufzulösen (vgl. den Beitrag von Gisa Moravek ab S. 15 sowie den Beitrag zum Demokratie-Planspiel ab S. 30).

.....
In der Kindheit wird das Fundament gelegt.

Auch in der Schule haben Kinder das Recht, beteiligt zu werden. Dabei darf dieses Recht nicht als etwas verstanden werden, das Erwachsene ihnen zugestehen und im Zweifel auch wieder zurückneh-

Dieser Bildungsauftrag gilt ausdrücklich auch für Kinder an Grundschulen. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, muss das Fundament der pädagogischen Arbeit an Grundschulen wechselseitige

Ideen und die Möglichkeit, Realisierungsstrategien zu entwickeln und sich zu erproben.

Innovative Beteiligungsformate

In der demokratischen Schulentwicklung der letzten Jahre (Beutel/Rademacher 2018) hat die Grundschule immer wieder eine Vorbildfunktion eingenommen. Innovative Beteiligungsformate wie das Schülerparlament und der Klassenrat sind an vielen Grundschulen mittlerweile etabliert (vgl. auch das Interview mit Bekir Bulut ab S. 12). Wenn das Recht der Kinder auf Partizipation wirksam in der Schule verankert werden soll, gilt es, sie in möglichst vielen Bereichen mitwirken zu lassen. Der Klassenrat ist auf Ebene des Klassenverbandes ein geeignetes Mittel (vgl. auch den Beitrag von Luisa Espelage und Christian Espelage ab S. 32). Dessen Idee ist es, dass Schülerinnen und Schüler eine demokratische Diskussionskultur und demokratische Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse im sozialen Nahraum erfahren.

Aktuelle Probleme, Themen und Herausforderungen werden im Klassenrat diskutiert und Lösungen gesucht. Dabei übernehmen die Kinder selbstständig die Organisation und Leitung (z. B. Sitzungsleitung, Zeitnahme, Redeliste) des Klassenrats. Die Lehrkraft ist ausschließlich als pädagogische Begleitung eingebunden, die erst auf Wunsch der Schülerinnen und Schüler unterstützend mitwirkt. Wenn der Klassenrat tatsächlich auch als Instrument politischer (Selbst-)Bildung wirken soll, darf er aber nicht von den Lehrkräften pädagogisiert oder gar instrumentalisiert werden, beispielsweise ausschließlich als Raum zur Lösung sozialer Konflikte.

Der Klassenrat darf nicht missverstanden werden als weiteres pädagogisches Instrument zum Zwecke der Erziehung. Erst als Freiraum, als Ideenschmiede, als Erfahrungsraum demokratischen Handelns kann er seine Wirkung entfalten. Gleiches gilt für das

Wichtig zu wissen! Auftrag zur politischen Bildung im Schulgesetz

§ 2 Bildungsauftrag der Schule

Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden,

- *die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen,*
- *nach ethischen Grundsätzen zu handeln sowie religiöse und kulturelle Werte zu erkennen und zu achten,*
- *ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten,*
- *den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere die Idee einer gemeinsamen Zukunft der europäischen Völker, zu erfassen und zu unterstützen und mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise zusammenzuleben,*
- *ökonomische und ökologische Zusammenhänge zu erfassen,*
- *für die Erhaltung der Umwelt Verantwortung zu tragen und gesundheitsbewusst zu leben,*
- *Konflikte vernunftgemäß zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen,*
- *sich umfassend zu informieren und die Informationen kritisch zu nutzen,*
- *[...].*

*Auszug aus dem Niedersächsischen Schulgesetz (NSchG)
§ 2 Absatz 1 Satz 3*

men können. Es muss ein natürliches Recht auf Anhörung, Mitsprache und Mitwirkung sein. In nahezu allen Landesverfassungen ist der allgemeine Bildungsauftrag (Kerner 2020 i.E.) und in jedem Schulgesetz der schulische Bildungsauftrag explizit ein Auftrag zur politischen Bildung (siehe Infokasten oben).

Wertschätzung und Anerkennung sein, losgelöst von einem defizitären Blick auf Schülerinnen und Schüler. Die größte Herausforderung für den Prozess der politischen (Selbst-)Bildung in der Primarstufe liegt darin, das Heft des Handelns aus der Hand zu geben. Kinder brauchen Freiraum für die Entwicklung eigener, innovativer

Schülerparlament. Auch dieses Gremium wird von den Kindern nur ernst genommen, wenn die Schulleitung es würdigt und es selbstverständlicher und wertvoller Bestandteil der Schulkultur wird. Dies kann die Schulleitung durch ihre Anwesenheit zeigen, durch die Berücksichtigung der Vorschläge der Schülerinnen und Schüler und durch eine Kommunikation, die auf Anerkennung und Wertschätzung basiert.

Raum für Partizipation schaffen

Neben methodischen und strukturellen Vorschlägen zur Demokratisierung der Grundschule gilt es insbesondere, sich auf die Ideen, Anregungen und konkreten Vorschläge der Schülerinnen und Schüler einzulassen. Dafür muss man sie kennen. Die Grundschule muss Raum schaffen, damit Kinder ihre Sorgen, Ängste, aber auch ihre Ideen, Visionen und Wünsche formulieren können. Immer wieder überraschen Kinder mit unkonventionellen, aber ausgesprochen klugen Ideen zur Lösung von Problemen, bei denen Erwachsene ihnen oft keine Lösungskompetenz zuschreiben würden. So haben beispielsweise die Kinder an der Albert-Schweitzer-Schule in Langen, Hessen, einen Weg zur Bewältigung des Chaos mit ihren Tretrollern im Eingangsbereich der Schule gefunden. Sie einigten sich gemeinsam mit der Schulleitung darauf, dass die älteren Kinder die Tretroller weiter oben in den Zaun hängen und die kleineren Kinder die Tretroller auf den Boden stellen. Sie haben damit einen Vorschlag eingebracht, der vorher im Kollegium oder der Schulleitung nie zur Disposition stand. Die Grundschule in Langen ist zudem eine Kinderrechtsschule und im Netzwerk Kinderrechtsschulen eingebunden. Für den Onlinekurs „MOOC Citizenship Education. Demokratiebildung an Schulen“ (mehr dazu im Infokasten auf S. 10) wurde diese Schule porträtiert (die Reportage finden Sie frei verfügbar online über folgenden Link: <https://bit.ly/2n6TKMw>).

Politische Bildungsprozesse sollten so früh wie möglich angeregt werden. Kinder aus der Primarstufe sind für diese Lernprozesse bereit. Sie sind neugierig, sie stellen Fragen, der individuelle Prozess der

muss Schule, wie neutral müssen Lehrkräfte sein?

Die Fragen scheinen komplex und die Antworten vielfältig, dabei ist unbestritten: Der Auftrag der Schule orientiert sich an den



Shutterstock/Kues

•• *Auf die Schülerperspektive kommt es bei der Mitbestimmung an – nicht auf das, was die Erwachsenen dafür halten.*

Selbstfindung und Weltaneignung ist auch im Grundschulalter geprägt von (un-)demokratischen und politischen Erfahrungen. Damit sind Lehrkräfte in allen Schulformen konfrontiert.

Zur Neutralität verpflichtet?

Wenn die Grundschule ein Raum sein soll, der demokratische Erfahrungen ermöglicht und politische Lernanlässe schafft, dann ist die Grundschule möglicherweise auch ein Raum, den sich Kinder aneignen wollen, um sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen und gar selbst aktiv zu werden. Aber darf die Grundschule das überhaupt ermöglichen? Wie neutral

Grund- und Menschenrechten. Die Verteidigung dieses Wertegerüsts unserer Gesellschaft erfordert Haltung und Position. Die Schule und alle in der Schule aktiven Menschen können sich nicht neutral zu den Werten der Demokratie verhalten. Das Eintreten für Vielfalt, der engagierte Einsatz gegen jede Form der Diskriminierung und der Schutz der Würde des Menschen sind die Grundlage des pädagogischen Handelns an allen Schulen und sie legitimieren damit auch mögliches politisches Handeln der Kinder.

Manchmal bedarf es auch Mut, sich nicht neutral zu verhalten. Grundschulen als Lernorte der Demokratie brauchen mutige Kinder, Lehrkräfte und Schulleitungen.

Wichtig zu wissen! Kostenloser Online-Kurs

Die Demokratiebildung in der Schule hat im Zuge der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen an Bedeutung gewonnen. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich als Part der Gesellschaft zu begreifen, der diese aktiv verändern kann. Doch wie können Lehrkräfte dies erreichen? Unterstützung bietet der kostenlose Online-Kurs „MOOC Citizenship Education – Demokratiebildung an Schulen“, den das Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) an der Leibniz Universität Hannover gemeinsam mit dem Projekt „jungbewegt“ der Bertelsmann Stiftung entwickelt hat.

Die Abkürzung MOOC steht für „Massive Open Online Course“. Es handelt sich dabei um ein Weiterbildungsangebot, das den Teilnehmenden die Möglichkeit bietet, ihre Lernprozesse individuell, flexibel, orts- und zeitunabhängig zu gestalten. Nach der Anmeldung zum virtuellen Lernraum stehen die Kursinhalte jederzeit zur Verfügung. Insgesamt besteht der Kurs aus neun Kapiteln und widmet sich verschiedenen Themenfeldern der Demokratiebildung an Schulen wie Partizipation und Engagement, Menschenrechtsbildung und Inklusion.

Den Lernprozess begleiten Sabine Achour, Professorin für Politikdidaktik und Politische Bildung am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, und Dirk Lange, Professor für die Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien und der Leibniz Universität Hannover. Sie führen durch die einzelnen Kapitel und präsentieren in kurzen E-Lectures abwechselnd den jeweiligen Schwerpunkt. Anschauliche Animationsfilme, Interviews mit Expertinnen und Experten sowie Praxisbeispiele in Form von Schulreportagen ergänzen das Angebot. Auf diese Weise erhalten nicht nur Personen aus der Wissenschaft und politischen Bildung die Möglichkeit, ihre Perspektive darzulegen, sondern auch Lernende, Lehrkräfte und Schulleitungen.

Pro Kapitel stehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor verschiedenen Aufgaben: Es gilt etwa, Quizfragen zu beantworten, Inhalte schriftlich zu reflektieren, Ergebnisse anderer zu bewerten, Mindmaps zu erstellen und im Forum zu diskutieren. Für jedes erfolgreich abgeschlossene Kapitel gibt es ein Abzeichen zur Belohnung; am Ende belegt ein Teilnahme-Zertifikat die erfolgreiche Bearbeitung des Kurses.

Der Kurs ist über diesen Link kostenlos verfügbar:
<https://www.oncampus.de/mooc/citizenedu>

Das Autorenteam:

Foto: Privat



Steve Kenner ist Lehrer und derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für

Didaktik der Demokratie (IDD) und in der Geschäftsführung des Leibniz Forschungszentrum Center for Inclusive Citizenship (CINC) an der Leibniz Universität Hannover tätig. Er ist Vorsitzender des Landesverband Niedersachsen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB). Seine Forschungsschwerpunkte: Jugendbewegungen, politische Lernprozesse und demokratische Schulentwicklung.

Foto: Privat



Dirk Lange ist Professor für Didaktik für Politische Bildung an der Universität

Wien und der Leibniz Universität Hannover. Darüber hinaus ist er Direktor des Instituts für Didaktik der Demokratie (IDD) und Sprecher des Leibniz Forschungszentrum Center for Inclusive Citizenship (CINC) an der Leibniz Universität Hannover. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Erforschung des Bürgerbewusstseins, historisch-politische Didaktik, politische Lehr-Lernforschung und migrationspolitische Bildung.

Literatur:

- Beutel, Wolfgang/Rademacher, Helmut: *Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung.* Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, 2018, S. 101-114.
- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold: *Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich.* In: *Social Science Education Working Papers* No. 9. Bielefeld 2019. URL: <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488.pdf> [26.09.2019]
- Hansen, Rüdiger et al.: *Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern!* Weimar/Berlin: verlag das netz 2011.
- Inhoffen, Lisa: *Die Hälfte der Deutschen sieht die Demokratie in Gefahr.* In: *YouGov.de.* 2018.

URL: <https://yougov.de/news/2019/09/12/die-halfte-der-deutschen-sieht-die-demokratie-gefa/> [26.09.2019]

Kenner, Steve: *Politische Bildung – Bildungsaufgabe mit Verfassungsrang?* In: *Politische Bildung als Demokratisierung der Gesellschaft.* Herausgegeben von Moritz Peter Haarmann et al. Wiesbaden: VS Verlag i.V. vors. 2020.

Kenner, Steve/Lange, Dirk: *Schule als Lernort der Demokratie.* In: *Zeitschrift für Pädagogik und Theologie*, 71, 2/2019, S. 120-130.

Land Niedersachsen: *Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG).*

26.10.2016. URL: https://www.mk.niedersachsen.de/download/79353/Das_Niedersaechsische_Schulgesetz_NSchG_Lesefassung_Stand_Oktober_2016.pdf [26.09.2019]

Lange, Dirk: *Kernkonzepte des Bürgerbewusstseins. Grundzüge einer Lerntheorie der politischen Bildung.* In: *Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat.* Herausgegeben von Georg Weißeno. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2008, S. 245-258.

Negt, Oskar: *Gesellschaftspolitische Herausforderungen für Demokratiebildung.* In: *Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung.* Herausgegeben von Steve Kenner und Dirk Lange. Frankfurt/M.: Wochenschau-Verlag, 2018, S. 21-25.